

# Politiker stolpern über «Kernfrage»

**UNTERLAND.** Das Atomdrama von Japan bringt die Kernkraft-Turbos unter Druck. Die Linken fühlen sich bestätigt. EVP und SVP aber wollen abwarten, bis die Überprüfung der AKWs abgeschlossen ist. Einzige die FDP bleibt strikt auf Atomkurs.

DOMINIQUE MARTY

Noch vor einer Woche plädierten die bürgerlichen Kantonsratskandidaten und der Niederglatter Regierungsrat Markus Kägi an Podien überzeugt für Atomkraft und den Bau neuer Kernkraftwerke. Mit der Atomkatastrophe in Japan aber ist das Vertrauen der Unterländer in diese Technologie erschüttert – und die Atomturbos geraten in Erklärungsnot.

## Millionen für Stromaggregate

Verfrüht seis, jetzt über einen Atomausstieg zu sprechen, wehrt SVP-Kantonsrat und Fraktionspräsident Hans Frei aus Watt ab. «Bevor wir Schlüsse ziehen können, müssen wir die Ergebnisse der Sicherheitsüberprüfung der Schweizer AKWs abwarten», fügt er an. «Mit einem kurzfristigen Atomausstieg würde jedoch unsere Energieversorgung zusammenbrechen. Denn ohne Atomstrom können wir unseren Energiebedarf nicht decken.»

Ähnlich sieht das der Klotener EVP-Kantonsrat und Axpo-Verwaltungsrat Peter Reinhard, der ebenfalls zu Geduld rät. «Dass die AKW-Gesuche vom Bundesrat sistiert wurden, begrüsse ich, wir dürfen jetzt nichts überstürzen. Sobald die Fakten vorliegen, sind wir offen für alle Möglichkeiten.» Ob der Ausstieg aus der Atomenergie eine dieser Möglichkeiten ist, darüber will Reinhard noch nicht spekulieren. «Tatsache ist, dass wir in der Schweiz ein Grosskraftwerk brauchen. Das kann auch ein Gaskraftwerk sein, doch haben wir dann ein CO<sub>2</sub>-Problem.» Eine unmittelbare Gefahr bestehe in der Schweiz zudem nicht, erinnert er. «Die AKWs sind abgesichert für Erdbeben. Zudem hat der Bund soeben mehrere Millionen bewilligt für Notstromaggregate, die bei einem Stromausfall aktiviert würden, um die Brennstäbe im Reaktor zu kühlen.»

«Die Ereignisse in Japan werden die Diskussion um die künftige Energiepolitik der Schweiz und des Kantons Zürich beeinflussen», sagt Baudirektor Markus Kägi. Der SVP-Regierungsrat hat sich bisher deutlich für die Atomkraft ausgesprochen. Nun sei zu klären, was in Japan geschehen ist und welche Auswirkungen dies auf die Schweizer AKWs hätte, führt er aus. Zu klären sei, ob die geltenden Sicherheitsbestimmungen ausreichend seien. Die Sistierung der AKW-Gesuche begrüsse er. «Das Problem der Energieversorgungssicherheit ab 2020 bleibt aber bestehen und muss gelöst werden.» Dass in der Schweiz eine Stromknappheit die Kühlsysteme von AKWs behindern könnte, fürchtet Kägi weniger. «Die Schweiz ist keine Insel und wird in einer derartigen Notsituation im europäischen Stromverbund immer zu Strom kommen. Vorausgesetzt, die Netzinfrastruktur ist intakt.» (dma)

## Gefahr durch die Sistierung

An ihrer Haltung zu Atomkraftwerken hätte die doppelte Naturkatastrophe in Japan nichts geändert, betont Gabriela Winkler, FDP-Kantonsrätin aus Oberglatt. Die Schweiz brauche den Ersatz der älteren AKWs, wiederholt sie. Risiken seien wie bei allen Kraftwerken vorhanden, «und diese gilt es abzuwägen». Im Fall des AKWs sei dies die Kernschmelze. «Die verschiedenen Sicherheitsbarrieren der Schweizer AKWs sind auf einen Kernschmelze-Unfall ausgelegt», sagt sie, «diese Standards bestehen bereits, und ich hoffe, dass dies auch Bundespolitiker endlich betonen.» Aufgrund einer neuen Studie über die Erdbebenwahrscheinlichkeit müssen neue AKWs hier höhere Anforderungen erfüllen. Die Sistierung der AKW-Gesuche, wie sie der Bundesrat beschlossen hat, berge die Gefahr, dass sich in der Bevölkerung die Überzeugung festsetze, die bestehenden AKWs erfüllten diese Sicherheitsstandards nicht.

## Kein Umdenken nach Unfällen

Eine solche Furcht kennt man auf der linken Ratsseite nicht. «Es ist eher zu befürchten, dass die Sistierung der Gesuche dazu dient, die Diskussion aufzuschieben», sagt Thomas Hardegger, SP-Kantonsrat aus Rümlang. Ein Neubau eines AKWs erhalte in den nächsten Jahren aber kaum grünes Licht vom Volk, glaubt er, «es ist unwahrscheinlich, dass die Bevölkerung in einem so dicht besiedelten Gebiet zu einem solchen Projekt Ja sagt.» Ein sofortiger Ausstieg aus der Atomenergie sei nötig, die Schweiz müsse auf erneuerbare Energien setzen, fordert er, «schliesslich ist es unverantwortlich, dass man auf die Kerntechnologie setzt, wo es doch bereits Alternativen

gibt.» Doch auch bisherige Atomunfälle hätten nicht zu einem Umdenken geführt, schränkt er konsterniert ein.

## Schadenpotenzial zu hoch

«Bei der Atomkraft ist es aussichtslos, dass man alle Risiken beherrscht», sagt Robert Brunner, grüner Kantonsrat aus Steinmaur. Das Atomkraftwerk in Japan sei sicher gebaut für Erdbeben, das Risiko eines Tsunamis aber habe man nicht abschätzen können, führt Brunner aus. Auch in der Schweiz lasse sich für AKWs nicht jedes Risiko abschätzen und jeder mögliche Fehler vorhersehen. «Darum muss man von einer Technologie Abstand

nehmen, wenn das Schadenpotenzial derart hoch ist wie bei der Atomkraft.» Die Bürgerlichen müssten endlich einsehen, dass diese Technik nicht beherrschbar sei und in Sachen Risikobewusstsein umdenken.

Darauf hofft auch Barbara Schaffner, grünliberale Kantonsratskandidatin aus Otelfingen. Sie fordert einen Ausstieg aus der Atomenergie. «Ein schneller Ausbau von erneuerbaren Energien und die Förderung von Stromsparmassnahmen und Investitionen in die Stromnetze und -speicherkapazitäten machen dies möglich, ohne die Energieversorgungssicherheit zu gefährden.»

## Markus Kägi wartet ab

«Die Ereignisse in Japan werden die Diskussion um die künftige Energiepolitik der Schweiz und des Kantons Zürich beeinflussen», sagt Baudirektor Markus Kägi. Der SVP-Regierungsrat hat sich bisher deutlich für die Atomkraft ausgesprochen. Nun sei zu klären, was in Japan geschehen ist und welche Auswirkungen dies auf die Schweizer AKWs hätte, führt er aus. Zu klären sei, ob die geltenden Sicherheitsbestimmungen ausreichend seien. Die Sis-

terierung der AKW-Gesuche begrüsse er. «Das Problem der Energieversorgungssicherheit ab 2020 bleibt aber bestehen und muss gelöst werden.» Dass in der Schweiz eine Stromknappheit die Kühlsysteme von AKWs behindern könnte, fürchtet Kägi weniger. «Die Schweiz ist keine Insel und wird in einer derartigen Notsituation im europäischen Stromverbund immer zu Strom kommen. Vorausgesetzt, die Netzinfrastruktur ist intakt.» (dma)

## DAS SAGT DIE POLITOLOGIN

Regula Stämpfli, Politexpertin

Die Grünen könnten an den Wahlen vom Atomdrama in Japan profitieren, sagen Experten. Reine Spekulation, sagt dazu Politologin Regula Stämpfli. Klar sei, dass die Atomfrage polarisiere. «Schaden wird dies all jenen, die sich als grosse Atomenergie-Befürworter hervorgetan haben. Einzelne Politiker könnten über die Atomfrage böse stolpern.» Japan liege derzeit auch in der Schweiz, fügt sie an, und die Wahlen würden von den globalen Ereignissen mitgestaltet. Wenn es den atomkritischen Kräften im Kanton gelinge, die unglaublichen Ereignisse zur Mobilisation und Wahlteilnahme zu transformieren, «dann würde noch einiges passieren». Dass die Grünen ohne ein konkretes Programm, wie die Energieversorgungslücke zu schliessen sei, gewinnen könnte, überrasche wenig: «Die Mehrheit der Politikerinnen und Politiker wird nicht gewählt, weil sie die einleuchtendsten Lösungen anbieten. Reine Opposition kann politisch viele Erfolge einbringen», das hätten bislang auch die Abstimmungserfolge der SVP gezeigt, sagt Stämpfli. (dma)



Vom Kontrollzentrum aus überwachen Experten den Betrieb des Atomkraftwerks – für viele Politiker reichen die Sicherheitsmassnahmen nicht mehr. Bild: key

## UMFRAGE



Heinz Schlatter  
aus Boppelsen.

Ich bin seit dem Vorfall in Japan zerissen, was unseren eigenen Atomstrom angeht. Auf der einen Seite habe ich schon Befürchtungen, es könnte auch hier etwas passieren. Auf der anderen Seite brauchen wir zurzeit den Atomstrom. Ich sehe im Moment keine Alternative. Alle wollen den Ausstieg und verbrauchen gleichzeitig immer mehr Strom. Und wer soll diesen Bedarf decken? Auf jeden Fall braucht es nun weitere Abklärungen, wie sicher unsere Atomkraftwerke tatsächlich sind. Die Risiken müssen neu beurteilt werden. (cab)



Hanny Hardegger  
aus Dielsdorf.

Ich arbeite in der Radiologie. Die Strahlen und ihre gefährlichen Folgen sind mir bestens bekannt. Ich war deshalb schon immer für den Ausstieg aus der Atomenergie. Wir haben diese Technologie einfach nicht im Griff. Die Vorfälle in Japan haben das wieder bewiesen. Japan hat eines der besten AKWs gebaut und dennoch kam es nun zum Unfall. Wir dürfen unsere Nachwelt nicht mit einer so gefährlichen Technologie belasten. Es wäre gut, wenn mehr Gelder in die Entwicklung von alternativen Energien fliessen würden. (cab)



Priska Eberle  
aus Dielsdorf.

Mehr Angst vor einem Atomunfall in der Schweiz habe ich heute nicht. Das Risiko war vor Japan gleich gross. Natürlich geht ein Ausstieg aus der Atomenergie nicht von heute auf morgen. Aber ich finde, man sollte nun alle Anstrengungen unternehmen, um alternative Lösungen zu finden. Ich verstehe beispielsweise nicht, warum nicht mehr Solaranlagen auf den Dächern stehen. Natürlich reicht die Energie, die sie produzieren, nicht, um den gesamten Bedarf zu decken. Aber das ist doch kein Argument, um die Technologie nicht zu fördern. (cab)



Fabian Frick  
aus Zürich.

Der Vorfall in Japan hat mir schon wieder ins Bewusstsein geführt, wie unsicher Atomkraftwerke eigentlich sind. Mehr Angst habe ich aber deswegen nicht. Es tut mir sehr leid für die betroffenen Japaner. Was dort gerade passiert, ist schrecklich. Japan hat aber auch viele Erdbeben. Die Gefahr ist dort schon einiges grösser. Ob wir hier wirklich sicher sind, wenn einmal eine Naturkatastrophe passieren sollte, weiss ich nicht. Unsere Bundesräte wissen ja selber nicht, was sie wollen. Zuerst waren sie für AKWs, nun sind sie auf einmal dagegen. (cab)



Hans Keller  
aus Bachenbülach.

Die Bilder aus Japan machen schon Angst – schlimm, was die Menschen dort durchmachen. Auch unsere Atomkraftwerke habe ich noch nie gut gefunden, aber wir haben ja keine Alternativen. In vielen Dörfern dürfen die Hauseigentümer keine Sonnenkollektoren aufs Dach montieren wegen des Ortsbildes, und über die Windräder beklagen sich alle, weil sie zu laut sind. Auch Staudämme zu erhöhen, stösst auf Widerstand. Das Umdenken beginnt leider schleichend – ein Ausstieg aus der Atomenergie ist wohl erst in 50 bis 60 Jahren möglich. (ct)